

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Meine 1. Europawahl

Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen von Erstwählerinnen und Erstwählern

Jochen Roose

- › Die europapolitischen Einstellungen der Erstwählerinnen und Erstwähler bei einer Europawahl (16 bis 22 Jahre) unterscheiden sich nur etwas von der Gesamtbevölkerung.
- › Wie alle Wahlberechtigten unterstützen auch die Erstwählerinnen und Erstwähler die EU-Mitgliedschaft Deutschlands und die europäische Integration.
- › Die Jüngeren (16 bis 22 Jahre) sehen etwas häufiger Vorteile für Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft. Sie haben etwas seltener ein grundsätzliches Misstrauen gegen Politikerinnen und Politiker auf EU-Ebene.
- › Die Erstwählerinnen und Erstwähler bringen „Frieden“ etwas seltener mit Europa (sehr) stark in Verbindung als die Gesamtbevölkerung.
- › Bei den Jüngeren (16 bis 22 Jahre) liegt unter Politikbereichen, für die sie ein (sehr) starkes Engagement der EU wünschen, Klimaschutz ganz vorn. In der Gesamtbevölkerung liegen Klimaschutz und Wirtschaft gleich auf.
- › Alle Wahlberechtigten erwarten am häufigsten von der CDU/CSU die Lösung der Probleme in Europa (22 Prozent). Bei den Erstwählerinnen und Erstwählern liegen SPD, AfD (jeweils 14 Prozent) und Grüne (13 Prozent) vorn. Am häufigsten nennen beide Gruppen keine Partei bzw. können die Frage nicht beantworten.

Inhaltsverzeichnis

1. Erstwählerinnen und Erstwähler bei der Europawahl	3
2. Die Studie	3
3. Bewertung der Europäischen Union	3
4. Sichtweisen auf Europa	5
5. Assoziationen mit der Europäischen Union	10
6. Gewünschtes Engagement der Europäischen Union	12
7. Europapolitische Parteikompetenzen	14
8. Fazit	16
Literatur	18
Impressum	20
Der Autor	20

1. Erstwählerinnen und Erstwähler bei der Europawahl

Die Gruppe der erstmals Wahlberechtigten fällt bei dieser Europawahl größer aus als bei vorangegangenen Wahlen. Mit der Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre kommen zwei zusätzliche Jahrgänge bei den Erstwählenden hinzu. Die 16- bis 22-Jährigen werden also im Juni 2024 zum ersten Mal an einer Europawahl teilnehmen. Grund genug, einen genaueren Blick auf diese Gruppe der Wahlberechtigten zu werfen.

Altersabhängige Unterschiede im Wahlverhalten sind gut dokumentiert (siehe zum Beispiel Hirndorf 2021, Schoen 2006, Steiner 2023). Bei der letzten Bundestagswahl erzielten die Grünen bei jungen Frauen und die FDP bei jungen Männern deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse. Über politische Einstellungen der jüngsten Wahlberechtigten in Bezug auf Europa ist allerdings weniger bekannt.

In einer repräsentativen Umfrage ist die Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage nachgegangen, wie die Wahlberechtigten in Deutschland die europäische Integration und die EU beurteilen (siehe auch Neu 2023, Roose 2024a, 2024b). In dieser Analyse liegt der Fokus auf jenen Altersgruppen, die im Juni 2024 erstmals an einer Europawahl teilnehmen dürfen und wie sie sich von den älteren Wahlberechtigten unterscheiden.

2. Die Studie

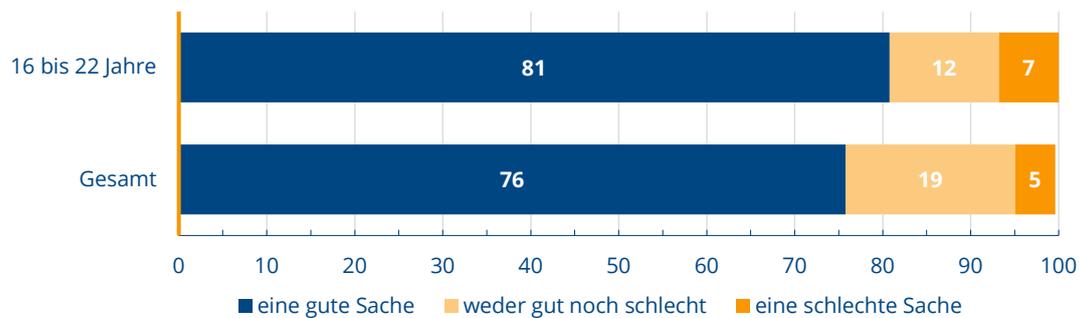
In der zweiten Jahreshälfte 2023 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Menschen in Deutschland zu ihrer Sicht auf die EU und die europäische Integration befragt. Vom 20. Juni 2023 bis 4. September 2023 hat das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 4.010 Personen aus der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren für die Studie zufällig ausgewählt (KAS-Umfrage 1048). Die Auswahl erfolgte durch zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk) nach dem ADM-Verfahren (Häder und Sand 2019). Die Stichprobe wurde so angelegt, dass in den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) 1.506 und in den alten Bundesländern 2.504 Interviews geführt wurden.

Für die Auswertung werden die Daten gewichtet, um die Überrepräsentation der neuen Bundesländer, unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten und Verschiebungen nach sozialstrukturellen Merkmalen auszugleichen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die in Deutschland in Privathaushalten lebende, deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren.¹

3. Bewertung der Europäischen Union

Die summarische Beurteilung der EU-Mitgliedschaft fällt in Deutschland ausgesprochen positiv aus. 76 Prozent sind der Ansicht, die EU-Mitgliedschaft Deutschlands sei eine gute Sache. Unter den jungen Wahlberechtigten (16 bis 22 Jahre) ist diese Ansicht noch etwas weiter verbreitet als in der Gesamtbevölkerung. 81 Prozent der Wahlberechtigten bis 22 Jahre meinen, Deutschlands EU-Mitgliedschaft sei eine gute Sache.

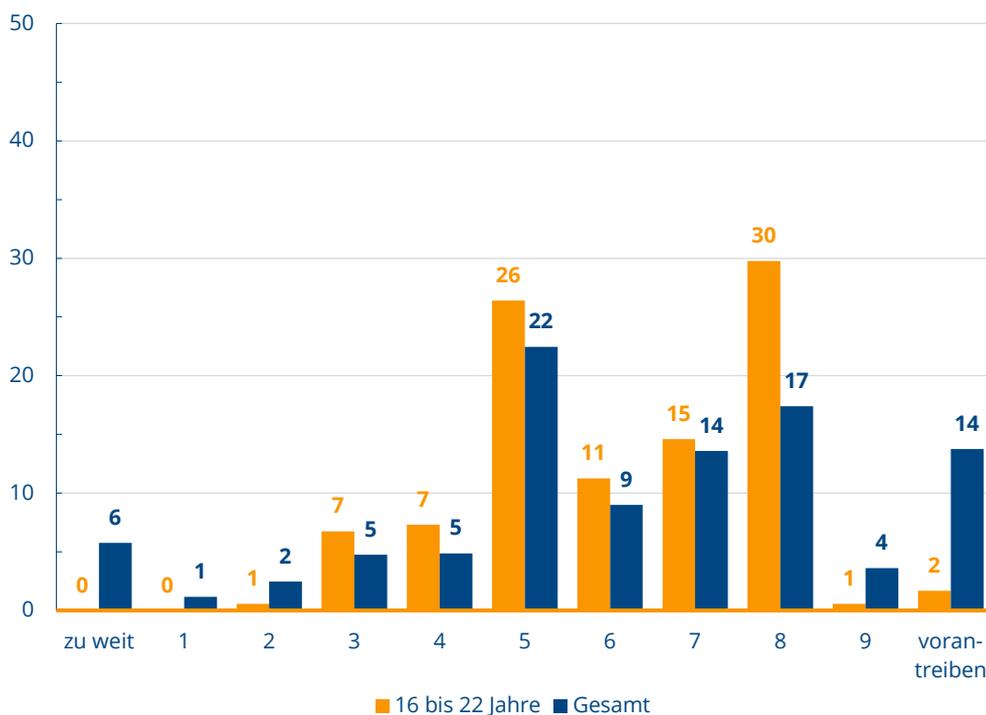
Abbildung 1: Bewertung der EU-Mitgliedschaft nach Alter



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU Ihrer Meinung nach im Allgemeinen eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?“

Abbildung 2: Gewünschte Entwicklung der europäischen Integration nach Alter



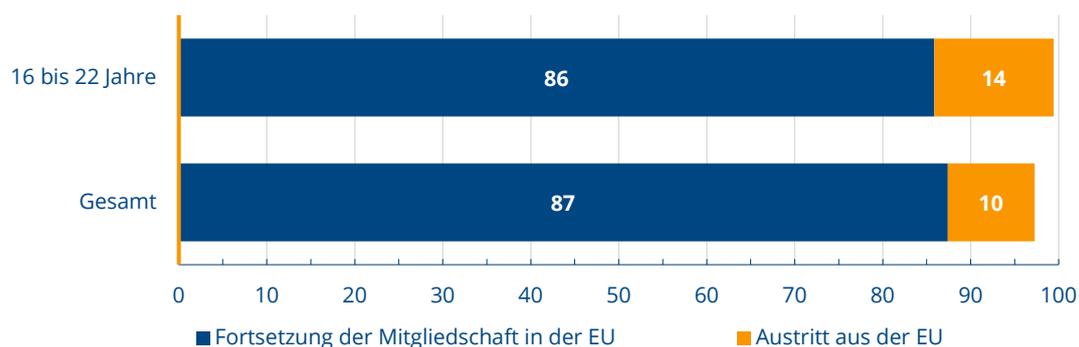
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Einige sagen, dass die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden sollte. Andere sagen, dass sie schon zu weit gegangen ist. Was ist Ihre Meinung? Bitte sagen Sie mir das mithilfe einer Skala von 0 bis 10. 0 heißt, die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen. 10 bedeutet, die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“

Bei der gewünschten Entwicklungsrichtung der europäischen Integration vertreten die erstmals Wahlberechtigten etwas andere Ansichten als die Älteren. Ein großer Anteil in beiden Altersgruppen wünscht sich einen weitgehend unveränderten Stand der europäischen Integration. Auf der Skala von 0 (die europäische Integration sei zu weit gegangen) und 10 (die europäische Integration solle weiter vorangetrieben werden) verorten sich 36 Prozent der Älteren im mittleren Bereich (Werte 4 bis 6). Allerdings entscheiden sich die Jüngeren (16 bis 22 Jahre) mit 45 Prozent deutlich häufiger für die Skalenmitte.

Die europäische Einigung sei bereits zu weit gegangen (Skalenwerte 0 bis 2), ist eine Ansicht, die in der Gesamtbevölkerung mit 9 Prozent selten ist. Bei den Jüngeren (16 bis 22 Jahre) kommt dies allerdings mit 1 Prozent fast gar nicht vor. Auf der anderen Seite sind in der Gesamtbevölkerung 35 Prozent dafür, die europäische Integration konsequent weiter voranzutreiben (Skalenwerte 8 bis 10). Dieser Anteil ist bei den erstmals Wahlberechtigten mit 35 Prozent ungefähr gleich. Allerdings ist die ganz konsequente Position zur Vertiefung der Integration (Skalenpunkt 10) in der Gesamtbevölkerung mit 14 Prozent deutlich häufiger zu finden als bei den Jüngeren (2 Prozent).

Abbildung 3: Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft nach Alter



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: Austritt aus der EU, würde nicht/ungültig wählen, weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Stellen Sie sich vor, morgen würde eine Volksabstimmung in Deutschland über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stattfinden. Würden Sie für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder für einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen?“

Gäbe es eine Volksabstimmung über den Verbleib Deutschlands in der EU, so würde sich eine sehr große Mehrheit von 87 Prozent für die Fortsetzung der deutschen Mitgliedschaft aussprechen. Bei den neu Wahlberechtigten ist dieser Anteil mit 86 Prozent praktisch identisch.

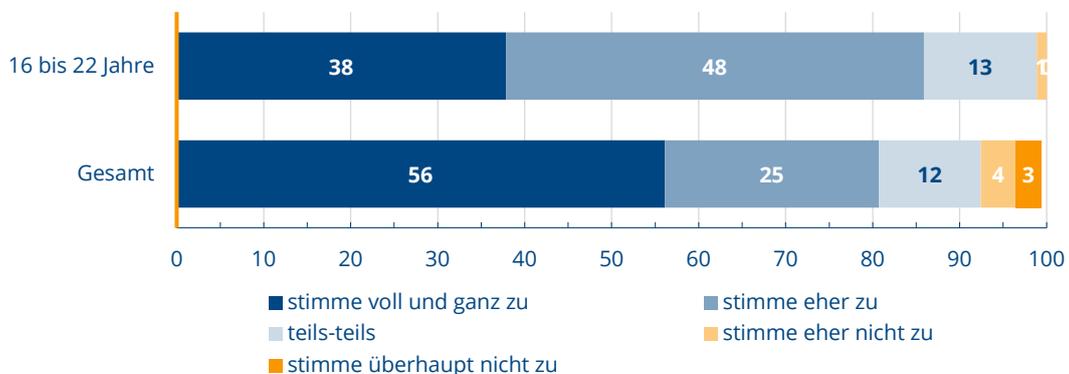
4. Sichtweisen auf Europa

Die Erwartungen an die europäische Einigung und die EU sind unterschiedlich (Roose 2024a). Während sich manche Vorteile für Deutschland versprechen, betrachten andere die europäische Einigung als Wert an sich. Auch bei der Gestalt der EU und ihren Leistungen gehen die Meinungen auseinander. Manche sehen einen erheblichen Nutzen der EU und vertrauen den Akteuren auf europäischer Ebene, während andere eher zweifeln und wieder andere rundheraus positive Ergebnisse bestreiten oder Politikerinnen und Politiker auf europäischer Ebene für grundsätzlich

nicht vertrauenswürdig halten. In der Bewertung einer Reihe von Aussagen werden diese unterschiedlichen Haltungen sichtbar.

Durchweg neigen die erstmals Wahlberechtigten etwas weniger zu vollständiger Zustimmung oder vollständiger Ablehnung als dies für die Gesamtbevölkerung gilt. Die Jungen entscheiden sich stattdessen etwas häufiger dafür, einer Aussage „eher“ zuzustimmen oder sie „eher“ abzulehnen.² Ansonsten ist die Zustimmung und Ablehnung zu den Aussagen bei den neuen Wahlberechtigten ähnlich wie bei den Älteren, wobei es einzelne Unterschiede gibt.

Abbildung 4: „Ich bin froh, wenn Europa in der EU zusammenwächst.“ nach Alter



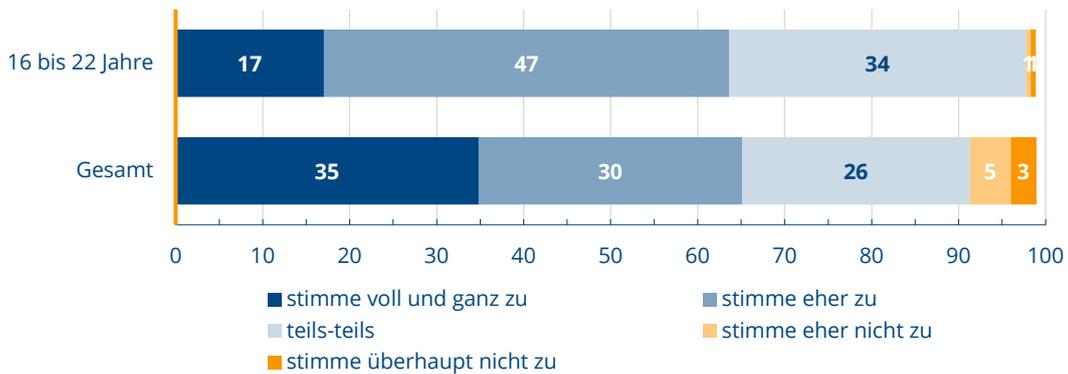
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Sagen Sie mir bitte für die folgenden Aussagen, ob Sie ... voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Ich bin froh, wenn Europa in der EU zusammenwächst.“

Die Freude über die europäische Einigung ist dagegen etwas häufiger bei den Jungen. 86 Prozent von ihnen geben an, froh zu sein, dass Europa in der EU zusammenwächst. Mit 81 Prozent sind es bei den Älteren etwas weniger, wobei auch unter ihnen diese Ansicht sehr weit verbreitet ist und die volle Zustimmung entsprechend des generellen Musters häufiger vorkommt.

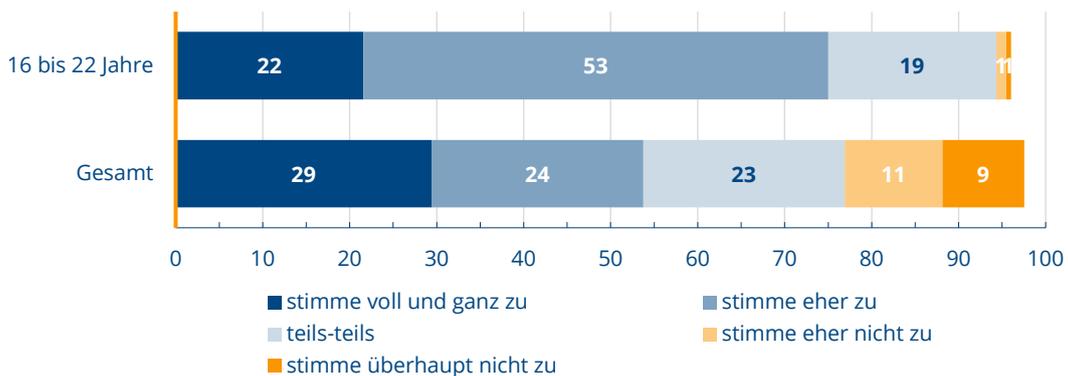
Abbildung 5: „Unabhängig von Vorteilen für Deutschland ist die Unterstützung anderer EU-Länder richtig.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Sagen Sie mir bitte für die folgenden Aussagen, ob Sie ... voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Unabhängig von Vorteilen für Deutschland ist die Unterstützung anderer EU-Länder richtig.“

Eine deutliche Mehrheit ist der Ansicht, andere EU-Länder sollten unabhängig von Vorteilen für Deutschland unterstützt werden. Dies gilt gleichermaßen für die erstmals Wahlberechtigten.

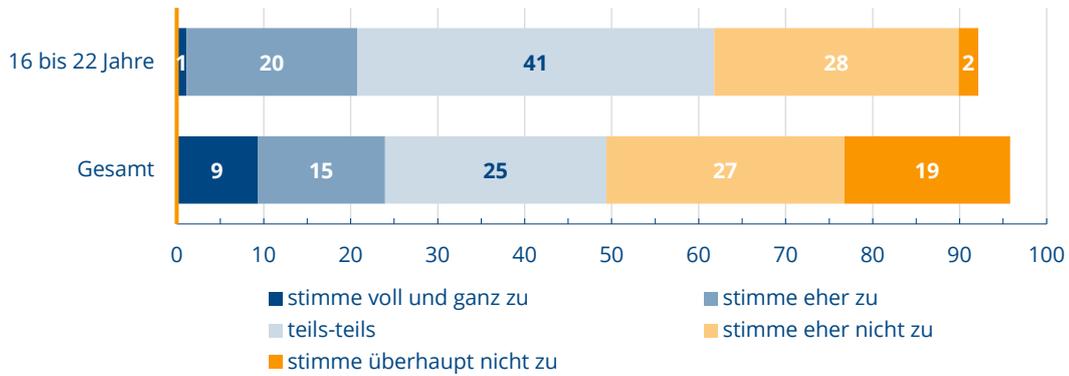
Abbildung 6: „Weil Deutschland in der EU ist, geht es Deutschland besser.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Sagen Sie mir bitte für die folgenden Aussagen, ob Sie ... voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Weil Deutschland in der EU ist, geht es Deutschland besser.“

Deutlichere Unterschiede gibt es bei einem nutzenorientierten Zugang zur EU. Tatsächliche Vorteile für Deutschland durch die EU-Mitgliedschaft sehen die erstmals Wahlberechtigten zu einem höheren Anteil als die Bevölkerung insgesamt. 75 Prozent der Jungen sind der Ansicht, Deutschland gehe es wegen seiner EU-Mitgliedschaft besser, während es insgesamt eine knappe Mehrheit von 53 Prozent ist.

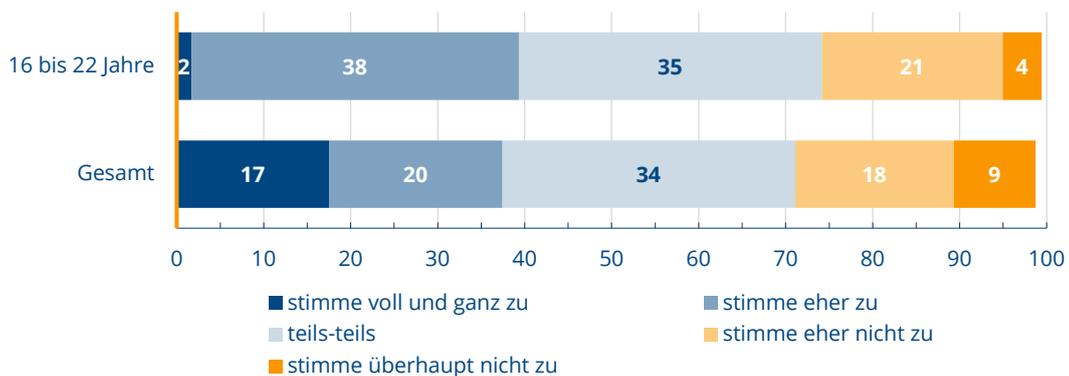
Abbildung 7: „Nur da ist die EU nötig, wo es für Deutschland alleine schwierig ist.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Nur da ist die EU nötig, wo es für Deutschland alleine schwierig ist.“

Eine Beschränkung der EU auf jene Bereiche, in denen Deutschland allein auf Schwierigkeiten stoßen würde, lehnen 46 Prozent der Gesamtbevölkerung ab. Bei den Jungen sind es mit 30 Prozent einige weniger. Allerdings ist bei ihnen der Anteil deutlich größer, der abwägend mit „teils-teils“ antwortet (41 Prozent gegenüber 25 Prozent in der Gesamtbevölkerung).

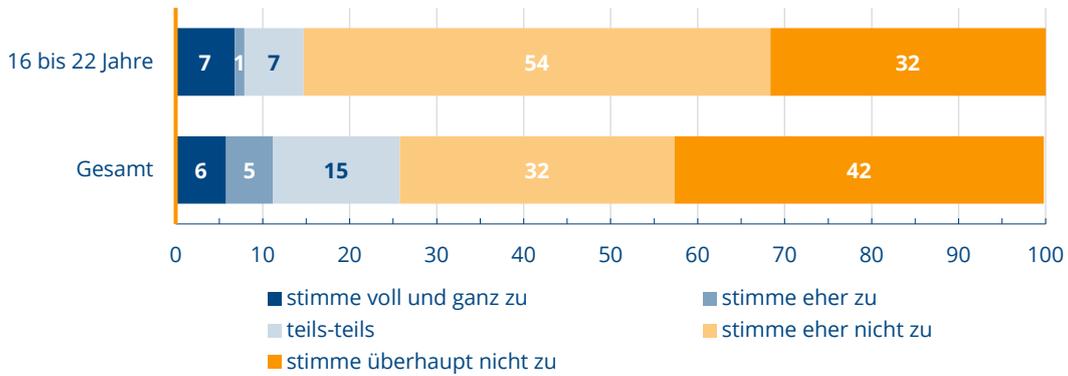
Abbildung 8: „Die Politik in der EU ist mir zu kompliziert.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Die Politik in der EU ist mir zu kompliziert.“

Die europäische Mehrebenenstruktur fordert den Bürgerinnen und Bürgern einiges ab. So ist es nicht überraschend, dass ein gutes Drittel (37 Prozent) aller Wahlberechtigten der Aussage zustimmt, die EU sei ihnen zu kompliziert. Die Zustimmung unter den erstmals Wahlberechtigten liegt auf demselben Niveau (40 Prozent).

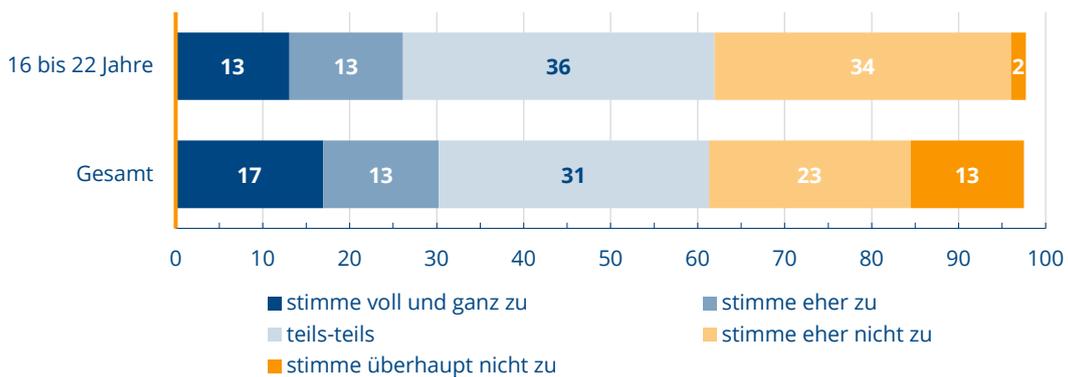
Abbildung 9: „Die EU ist mir im Großen und Ganzen egal.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Die EU ist mir im Großen und Ganzen egal.“

Gleichgültig ist auf der anderen Seite die EU nur Wenigen. Die Aussage wird unter allen Wahlberechtigten von einer großen Mehrheit abgelehnt (74 Prozent). Bei den Erstwählerinnen und Erstwählern wird die Aussage „Die EU ist mir im Großen und Ganzen egal“ noch häufiger abgelehnt. 86 Prozent geben an, ihnen sei die EU keineswegs egal.

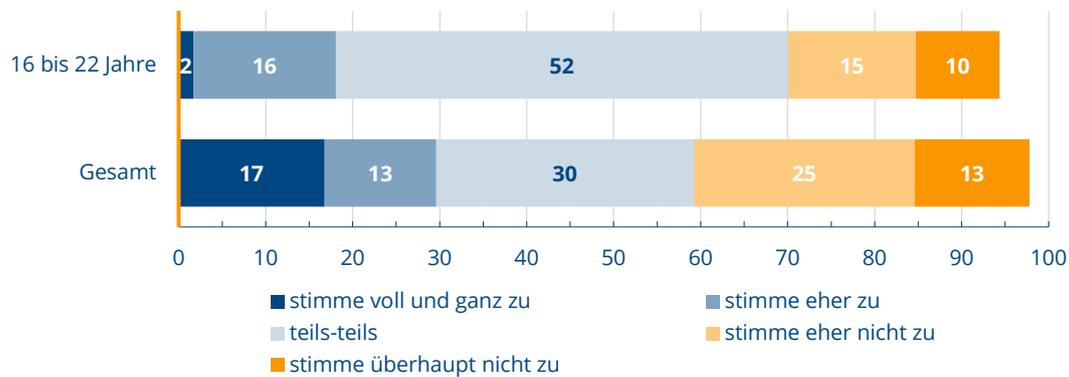
Abbildung 10: „Die EU verfolgt nur ihre eigenen Interessen und nicht die der Bürger.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.
 Frage: „Die EU verfolgt nur ihre eigenen Interessen und nicht die der Bürger.“

Die populistische Unterstellung, die EU verfolge nur ihre eigenen Interessen und nicht jene der Bürgerinnen und Bürger, findet bei 30 Prozent der Wahlberechtigten Zustimmung. Unter den 16- bis 22-jährigen ist die Zustimmung mit 26 Prozent auf demselben Niveau.

Abbildung 11: „Bei EU-Politikern bin ich grundsätzlich misstrauisch.“



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

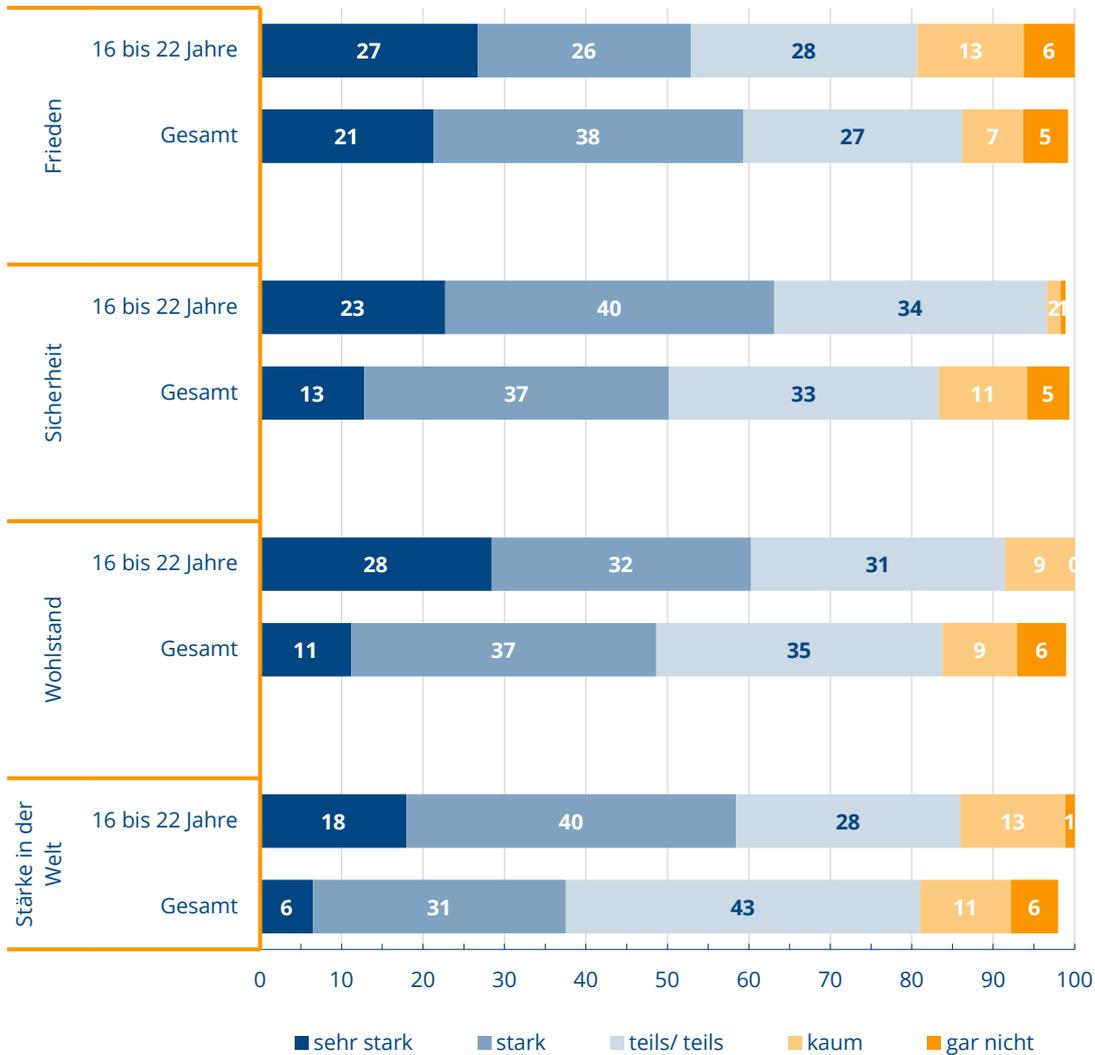
Frage: „Bei EU-Politikern bin ich grundsätzlich misstrauisch.“

Etwas anders ist es bei einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber EU-Politikern. Insgesamt stimmen 30 Prozent der Aussage zu, sie seien bei EU-Politikern grundsätzlich misstrauisch.³ Diese Meinung ist unter den erstmals Wahlberechtigten mit 18 Prozent deutlich seltener. Allerdings fällt die Ablehnung mit 25 Prozent ebenfalls geringer aus als in der Gesamtbevölkerung (38 Prozent). Mehr als die Hälfte der Jungen (52 Prozent) entscheidet sich bei der Frage nach dem Misstrauen für die Antwort „teils-teils“.

5. Assoziationen mit der Europäischen Union

Die EU wurde mit großen Zielen, wie Frieden, Wohlstand und Sicherheit, gegründet (Wessels 2009: 55). Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren Ziele, wie wirtschaftlicher Aufbau, gemeinsame Sicherheit und Frieden, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, in ihrer unmittelbaren Wichtigkeit allen bewusst. Die Visionen der Gründungsjahre wirken bis heute nach und beeinflussen das Bild der EU. Doch während in den Gründungsjahrzehnten der EU wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine Aussöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern ferne Ziele waren, ist heute vieles davon selbstverständlich geworden. So fragt sich, in welchem Maße diese Gründungsideen der EU für die jüngere Generation heute noch relevant sind.

Abbildung 12: Assoziationen mit der EU nach Alter



Quellen: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung? Frieden, Sicherheit, Stärke in der Welt, Wohlstand [zufällige Reihenfolge]“

Antwortmöglichkeiten: sehr stark, stark, teils-teils, kaum, gar nicht.

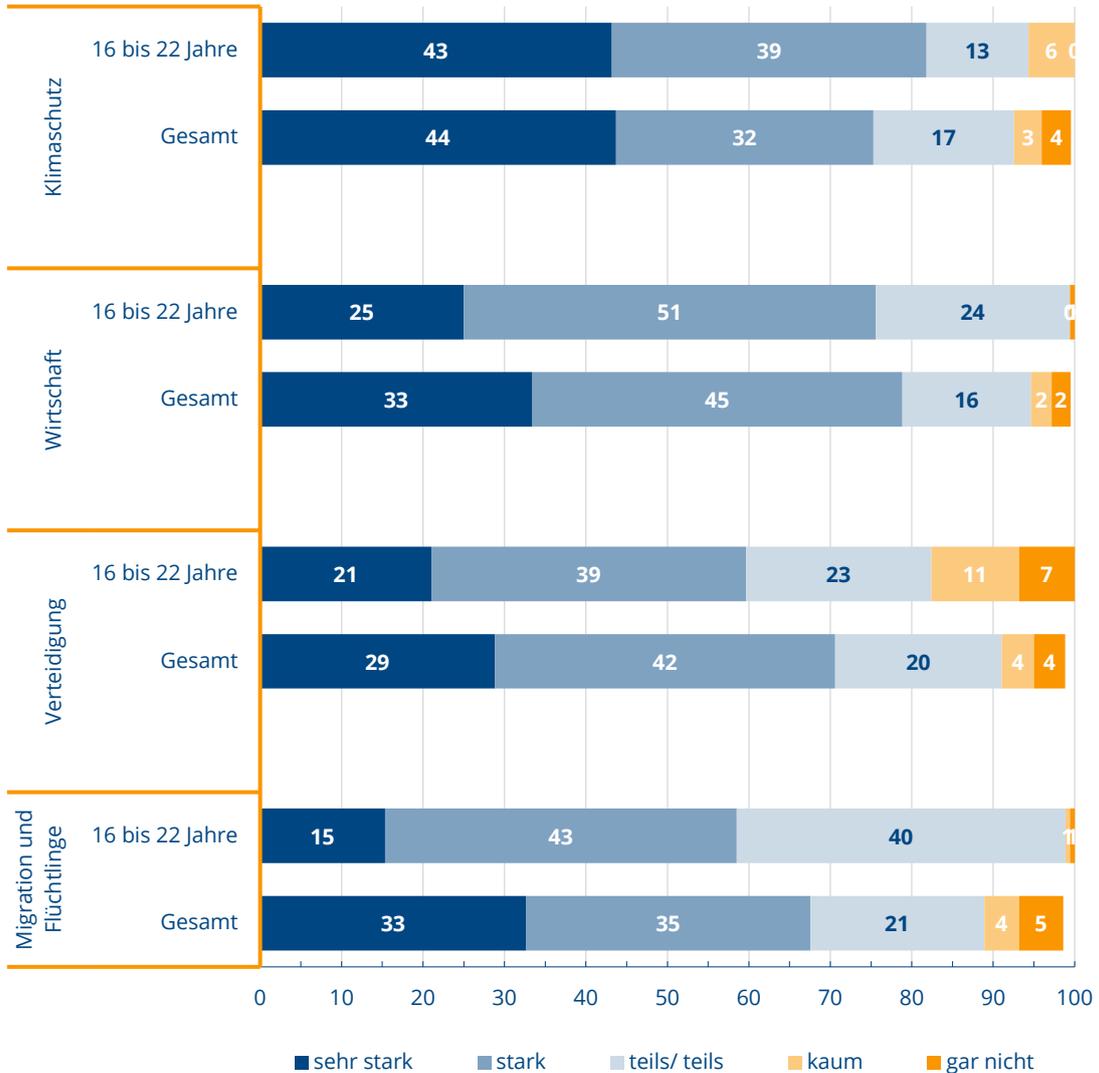
In der Gesamtbevölkerung wird am häufigsten die EU mit Frieden stark oder sehr stark verbunden (59 Prozent). Die Überwindung der Feindschaft in Europa nach den Weltkriegen ist nach wie vor für die Wahrnehmung der EU relevant. Sicherheit (50 Prozent) und Wohlstand (48 Prozent) sind ebenfalls weit geteilte Bedeutungen der EU, die sehr stark oder stark mit ihr in Verbindung gebracht werden. Stärke in der Welt ist dagegen eine Bedeutung, die in der Bevölkerung etwas seltener mit der EU verbunden wird (37 Prozent).

Bei den erstmals Wahlberechtigten gibt es eine etwas andere Schwerpunktsetzung. Insgesamt werden alle vier Begriffe von den Jungen häufiger sehr stark oder stark mit der EU verbunden. Dazu unterscheidet sich die Rangfolge. Bei den Wahlberechtigten zwischen 16 und 22 Jahre liegt bei den Begriffen Sicherheit vorn (63 Prozent), direkt gefolgt von Wohlstand (60 Prozent) und Stärke in der Welt (58 Prozent). Frieden hat dagegen mit 53 Prozent für die Jüngeren etwas seltener eine starke Verbindung zur EU. Dies ist auch der einzige Begriff, der von den Jüngeren seltener mit der EU verbunden wird als von der Bevölkerung insgesamt.

6. Gewünschtes Engagement der Europäischen Union

Die Zuständigkeitsbereiche der EU sind vielfältig und haben sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich erweitert. Grundsätzlich wünschen sich die Menschen eine aktive EU (Roose 2024a). Dies gilt auch für Menschen, die der EU insgesamt eher skeptisch gegenüberstehen (Roose 2024a: 36 ff.). Der Wunsch nach Aktivität sollte allerdings nicht als Zustimmung zu konkreten Maßnahmen der EU verstanden werden, sondern dürfte vor allem für politische Prioritäten auf der europäischen Ebene stehen. Die Beurteilung der konkreten Vorhaben ist davon getrennt zu sehen.

Abbildung 13: Aufgaben für die EU nach Alter



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe.

Frage: „Wie stark sollte sich die Europäische Union um die folgenden Themen kümmern? Sollte Sie sich um Klimaschutz/Verteidigung/Migration und Flüchtlinge/Wirtschaft [zufällige Reihenfolge] sehr stark, stark, teils/teils, kaum oder gar nicht kümmern?“

Am häufigsten wünschen sich die Menschen eine aktive Klimapolitik der EU. 44 Prozent aller Wahlberechtigten meinen, die EU solle sich um den Klimaschutz sehr stark kümmern. Weitere 32 Prozent meinen, die EU solle sich stark kümmern. Insgesamt erwartet also eine große Mehrheit ein mindestens starkes Engagement der EU. Dies gilt auch für die erstmals Wahlberechtigten. Unter den 16- bis 22-Jährigen ist der Anteil, die sich ein mindestens starkes Engagement der EU im Klimaschutz wünschen, sogar noch etwas größer.

Bei den drei anderen politischen Themen sind die Jüngeren dagegen etwas zurückhaltender als die Wahlberechtigten insgesamt. Unter allen wünscht sich ein Drittel ein sehr starkes Engagement in der Wirtschaft und 78 Prozent ein sehr starkes oder starkes Engagement in diesem Feld. Bei den erstmals Wahlberechtigten sind es mit 76 Prozent zwar ähnlich viele, die sich ein sehr starkes oder starkes Engagement wünschen, aber sehr stark um die Wirtschaft kümmern soll sich die EU nur nach Ansicht von 25 Prozent.

Wirtschaft hat unter allen Wahlberechtigten eine ähnlich hohe Priorität wie Klimaschutz. Es sind für beide Themen etwa gleich viele, die sich eine sehr starke oder starke Beschäftigung der EU wünschen. Allerdings sind es in der Gesamtbevölkerung etwas mehr, die sich ein sehr starkes Engagement für den Klimaschutz wünschen (44 Prozent), als dies für die Wirtschaft gilt (33 Prozent). Bei den Jüngeren fällt dieser Unterschied in der Gewichtung noch etwas größer aus. 43 Prozent der 16- bis 22-Jährigen wünscht sich ein sehr starkes Engagement der EU für den Klimaschutz, während nur 25 Prozent ein sehr starkes Engagement für Wirtschaft erwarten.

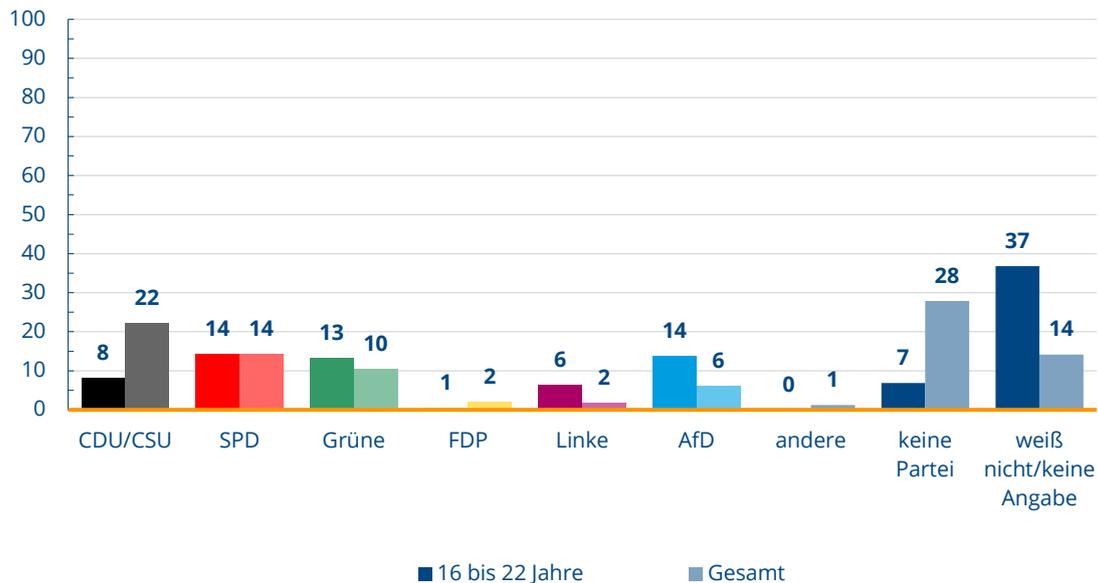
Jeweils noch geringer ist die Erwartung an die Beschäftigung der EU mit Verteidigung sowie Migration und Flüchtlingen bei den 16- bis 22-Jährigen. 60 Prozent von ihnen wünschen sich eine mindestens starke Beschäftigung der EU mit Verteidigung, bei Migration und Flüchtlingen sind es 59 Prozent. Diese Anteile sind jeweils geringer als in der Gesamtbevölkerung.

Insgesamt gilt aber für die Bevölkerung insgesamt als auch für die erstmals Wahlberechtigten, dass sich nur Wenige eine geringe Befassung oder Nicht-Befassung der EU mit einem Thema wünschen. Lediglich bei der Verteidigungspolitik meinen 18 Prozent der 16- bis 22-Jährigen, die EU solle sich kaum oder gar nicht um das Thema kümmern. Für alle anderen Themen liegt dieser Anteil unter 10 Prozent.

7. Europapolitische Parteikompetenzen

Politik soll für die Menschen Probleme lösen. Deshalb kommt der generalisierten Kompetenzzuschreibung für die Lösung der anstehenden Probleme für die Wahlentscheidung eine große Bedeutung zu.

Abbildung 14: Eingeschätzte Problemlösungskompetenz für Europa nach Alter



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent.
 Frage: „Wenn Sie jetzt an Europa denken, welche deutsche Partei ist am ehesten geeignet, die anstehenden Probleme in Europa zu lösen?“

Die CDU/CSU schneidet bei der europapolitischen Kompetenz traditionell gut ab und liegt in der Bevölkerung insgesamt vorn (Neu 2023, Roose 2019). 22 Prozent nennen die Union. Die SPD landet mit 14 Prozent deutlich dahinter, die Grünen werden von 10 Prozent genannt. Deutlich mehr sehen allerdings keine Partei in der Lage, die anstehenden Probleme in Europa zu lösen, oder sie wissen keine Antwort (zusammen 42 Prozent).

Die erstmals Wahlberechtigten kommen dagegen zu einem deutlich anderen Ergebnis. Nach ihrer Ansicht sind die SPD, die AfD (beide 14 Prozent) und die Grünen (13 Prozent) am ehesten geeignet, die anstehenden Probleme in Europa zu lösen. Damit wird die AfD von den Jungen (16 bis 22 Jahre) deutlich häufiger genannt als in der Gesamtbevölkerung. Die CDU/CSU nennen nur 8 Prozent und damit deutlich weniger als in der Gesamtbevölkerung.

Die Unterschiede bei der europapolitischen Kompetenzzuschreibung zwischen den Jüngeren (16 bis 22 Jahre) und den Älteren (ab 23 Jahre) entspricht nur zum Teil dem altersspezifischen Wahlverhalten, beispielsweise bei der Bundestagswahl 2021. Die FDP, die Linke und die Grünen erzielten in der jüngsten Wählergruppe (18 bis 24 Jahre) bessere Ergebnisse als in der gesamten Wählerschaft (ohne Abbildung). Dagegen schnitten CDU/CSU, SPD und AfD in der jüngsten Wählergruppe deutlich schlechter ab als bei allen Wählenden. Die europapolitische Kompetenzzuschreibung fällt dagegen für die AfD deutlich überdurchschnittlich aus, während SPD, Grüne und FDP ähnlich viel Zustimmung bekommen wie in der Gesamtbevölkerung. Die CDU/CSU schneidet bei der Kompetenzzuschreibung genau wie bei der Bundestagswahl 2021 in der jüngsten Wählergruppe deutlich unterdurchschnittlich ab.

Die Einschätzung der europapolitischen Kompetenz unterscheidet sich bei den jungen Wahlberechtigten erheblich nach Geschlecht (ohne Abbildung). Die Erstwählerinnen geben zu mehr als der Hälfte (54 Prozent) an, die Frage nicht beantworten zu können. Von den Erstwählern können dagegen 25 Prozent die Frage nicht beantworten. Die Linke schneidet unter den Erstwählerinnen mit 13 Prozent deutlich besser ab als unter den Erstwählern (1 Prozent). Die CDU/CSU und die SPD erhalten dagegen bei den jungen Männern deutlich mehr Nennungen. Die CDU/CSU nennen 18 Prozent der Erstwähler bei der Problemlösungskompetenz für Europa, aber nur 1 Prozent der Erstwählerinnen. Die SPD erhält 15 Prozent der Nennungen unter Erstwählern, aber nur 4 Prozent unter Erstwählerinnen.

Die vergleichsweise häufige Nennung der AfD unter den Erstwählerinnen und Erstwählern ist dagegen nicht geschlechtsabhängig (ohne Abbildung). Auffällig ist dagegen ein Einstellungsunterschied zwischen Jüngeren und Älteren. Von den Jüngeren, die den populistischen Aussagen über die EU zustimmen (siehe Kapitel 4), nennt ein sehr hoher Anteil die AfD als europapolitisch kompetent, während die Älteren dabei zurückhaltender sind. Von den Erstwählerinnen und Erstwählern, die der Aussage „Die EU verfolgt nur ihre eigenen Interessen und nicht die der Bürger“ zustimmen, hält jede und jeder Zweite die AfD für kompetent, die Probleme in Europa zu lösen (ohne Abbildung). Bei allen Wahlberechtigten, die der Aussage zustimmen, sind es dagegen nur 16 Prozent. Insgesamt dominiert allerdings sowohl bei den erstmals Wahlberechtigten als auch in der Gesamtbevölkerung die Einschätzung, keine Partei könne die Probleme lösen bzw. die Frage sei nicht beantwortbar.

8. Fazit

Bei der Europawahl 2024 sind in Deutschland erstmals auch die 16- und 17-Jährigen zur Wahlurne gerufen. Am Ende der fünfjährigen Legislatur des Europaparlaments dürfen so sieben Jahrgänge erstmals an der Europawahl teilnehmen. Der Blick auf diese Gruppe der erstmals Wahlberechtigten zeigt zunächst: Sie denken ähnlich wie alle anderen auch. Sie begrüßen Deutschlands Mitgliedschaft in der EU als eine gute Sache und halten nichts von einem Austritt. Mit dem Ausmaß der europäischen Integration sind sie im Großen und Ganzen zufrieden. Sie wünschen sich europapolitische Aktivität in verschiedenen Feldern. Bei der Frage, welche Partei am ehesten die Probleme in Europa lösen kann, fällt fast der Hälfte keine Partei ein. Nicht nur bei Werten, der Einschätzung gesellschaftlicher Bedrohungen und politischen Einstellungen ähneln sich die Generationen in ihrer Unterschiedlichkeit (Roose 2023). Dies gilt auch für die Sicht auf Europa.

Vor dem Hintergrund dieser Ähnlichkeiten finden sich einige Unterschiede. Die Jüngeren sind in ihren politischen Einschätzungen etwas zurückhaltender als die Gesamtbevölkerung. Sie neigen weniger zu ganz überzeugter Zustimmung oder Ablehnung.

Bei einzelnen Einschätzungen weichen die Jüngeren etwas von der Gesamtheit aller Wahlberechtigten ab. So sind die Jüngeren (16 bis 22 Jahre) häufiger von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft für Deutschland überzeugt und sie meinen etwas seltener, die EU sei ihnen eigentlich egal. Auch ein grundsätzliches Misstrauen gegen Politikerinnen und Politiker auf europäischer Ebene ist bei den Jüngeren etwas seltener.

Frieden ist ein Wert, der in der Gesamtbevölkerung am häufigsten mit Europa stark in Verbindung gebracht wird, doch das gilt nicht für die Jüngeren. Sie bringen noch häufiger Sicherheit mit der EU in Verbindung. Politische Aktivität der EU erwarten die Jüngeren am häufigsten im Klimaschutz, während in der Bevölkerung insgesamt Klimaschutz und Wirtschaft annähernd gleich häufig

genannt werden. Unter den Parteien wird eine Lösung der Probleme in Europa von allen Wahlberechtigten am ehesten der CDU/CSU zugetraut, während die Jüngeren SPD, Grüne und AfD in etwa gleich häufig nennen. Am häufigsten nennen aber alle keine Partei bzw. können keine Antwort geben.

Mit dem herunternetzten Wahlalter kommt eine neue Altersgruppe in der Wählerschaft hinzu. So werden einzelne Verschiebungen, die typisch sind für die jüngeren, einen etwas größeren Einfluss bekommen. Eine grundsätzliche Veränderung ist aber nicht zu erwarten, dafür sind sich ältere und jüngere Wählerinnen und Wähler zu ähnlich.

Literatur

Häder, Sabine/Sand, Matthias, 2019: Telefonstichproben. In: Häder, Sabine/Häder, Michael/Schmich, Patrick (Hrsg.), Telefonumfragen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 45–80.

Hirndorf, Dominik, 2021: Wahlbeteiligung und Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht in Deutschland. Forum Empirische Sozialforschung. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/wahlbeteiligung-und-wahlverhalten-nach-alter-und-geschlecht-in-deutschland> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Neu, Viola, 2023: Die europafreundlichen Deutschen. Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zu Europa in der deutschen Bevölkerung. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-europafreundlichen-deutschen> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Pokorny, Sabine, 2023: „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt ...“ Ergebnisse aus zwei repräsentativen Trend-Umfragen. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/man-weiss-ja-nicht-was-die-zukunft-bringt> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Roose, Jochen, 2019: Union – Die Europapartei. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu Werten Europas und europapolitischer Parteikompetenz. Analysen und Argumente Nr. 345. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/union-die-europapartei> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Roose, Jochen, 2023: Generation ist weniger als Alter. Repräsentative Umfragen zu Altersunterschieden bei Wahlverhalten, Werten, Ängsten und politischer Beteiligung. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/generation-ist-weniger-als-alter> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Roose, Jochen, 2024a: Begeistert, kritisch, unaufgeregt, resigniert – die Deutschen und Europa. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu europapolitischen Einstellungen. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/begeistert-kritisch-unaufgeregt-resigniert-die-deutschen-und-europa> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Roose, Jochen, 2024b: Die Stimmung vor der Europawahl 2024. Repräsentative Umfrage zu europapolitischen Einstellungen vor der Europawahl 2024. Monitor. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. <https://www.kas.de/de/monitor-wahl-und-sozialforschung/detail/-/content/die-stimmung-vor-der-europawahl-2024> (zuletzt abgerufen 07.03.2024).

Schoen, Harald, 2006: Junge Wilde und alte Milde? Jugend und Wahlentscheidung in Deutschland. In: Roller, Edeltraud/Brettschneider, Frank/Deth, Jan van (Hrsg.): Jugend und Politik: „Voll normal!“. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 379–406.

Steiner, Nils D., 2023: Generational Change in Party Support in Germany. The Decline of the Volksparteien, the Rise of the Greens, and the Transformation of the Education Divide. In: Electoral Studies Bd. 86.

Wessels, Wolfgang, 2009: Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

-
- ¹ Die Studienbeschreibung wurde aus Roose (2024a) übernommen. Die hier näher betrachtete Gruppe der 16- bis 22-Jährigen ist nicht ganz identisch mit der Gruppe der erstmals Wahlberechtigten bei der Europawahl 2024, weil die Befragung ein Jahr vor der Wahl durchgeführt wurde. Hier abgebildet sind also die *Altersgruppen*, die zum Zeitpunkt der Europawahl 2024 erstmals wahlberechtigt sein werden. Dies sind allerdings nicht die Geburtsjahrgänge, die tatsächlich bei der Europawahl 2024 erstmals wahlberechtigt sein werden, weil die zum Zeitpunkt der Befragung 15-Jährigen abhängig vom Geburtstag bei der Wahl das 16. Lebensjahr erreicht haben werden. Für den Fokus auf die Altersgruppen, nicht die Geburtsjahrgänge, sprechen die Alterseffekte im Wahlverhalten. Gerade bei jungen Menschen gibt es erhebliche Veränderungen bei den Kenntnissen über Politik und der Entwicklung eigener politischer Einstellungen. Deshalb sind die Altersgruppen angemessener, um über die erstmals Wahlberechtigten bei der kommenden Europawahl zu informieren.
 - ² Dies gilt auch für die Skala bei der Frage, ob die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden soll oder bereits zu weit gegangen sei (siehe Abbildung 2).
 - ³ Bei Aussagen, die in Umfragen zur Bewertung vorgelegt werden, ist eine geschlechtsneutrale Formulierung oftmals nicht möglich. Gleichzeitig hat eine Mehrheit Vorbehalte gegen geschlechtsneutrale Formulierungen. Dies zeigt eine Umfrage von Infratest dimap aus dem September 2022 (<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/gendergerechte-sprache/>, zuletzt besucht 07.03.2024). Um nicht durch diese Art der Ablehnung die Antworten zu beeinflussen, wird in den Frageformulierungen bewusst das generische Maskulinum benutzt.

Impressum

Der Autor

PD Dr. Jochen Roose studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie. Nach einer Promotion als Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und einer Station an der Universität Leipzig habilitierte er an der FU Berlin in Soziologie. Als Professor war er an der Universität Hamburg, der FU Berlin und der Universität Wrocław (Breslau) beschäftigt, bevor er 2018 als Koordinator für Umfragen und Parteienforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung zur Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin, wechselte. Seit Januar 2020 arbeitet er als Referent in der Wahl- und Sozialforschung für die Hauptabteilung Analyse und Beratung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

PD Dr. Jochen Roose

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung

T +49 30 / 26 996-3798

Jochen.Roose@kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2024, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).